

# Erklärung zum Staatsbesuch der philippinischen Präsidentin in der BRD, 9.-12.7. 1989, verabschiedet vom 13. BUKO in Hamburg

## Philippinen unter Aquino: Totaler Krieg und staatliche Morde

Anfang Juli kommt die philippinische Präsidentin Corazon Aquino zu ihrem ersten Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Ende Mai erklärte sie in einem dpa-Interview, was sie hier sucht: „Was wir jetzt brauchen, ist Wirtschaftshilfe, damit wir die von uns mit sehr friedlichen Mitteln wiederhergestellte Demokratie nicht nur erhalten, sondern stärken können.“ Bis heute ist bei uns das Bild der Präsidentin Aquino verknüpft mit einer „gewaltlosen Rosenkranz-Revolution“, mit der Vertreibung des langjährigen Diktators Marcos und der „Wiederherstellung der Demokratie“ auf den Philippinen.

## Aquino verspricht demokratische Strukturen

*Tatsächlich* wurde auf den Philippinen ein Parlament (Kongreß und Senat) gewählt. Allerdings gehören fast alle Parlamentarier zu den reichen Eliten, die schon unter Diktator Marcos die Macht hatten. So gehört die überwiegende Mehrheit der Kongreßabgeordneten nach wie vor zu den Großgrundbesitzern.

## Aquino verspricht eine Kontrolle des Militärs durch die zivile Regierung

*Tatsächlich* gab es seit ihrer Machtübernahme im Februar 1986 immer Militärs in der Regierung und in der Verwaltung. Nach acht Putschversuchen rechter Militärs, die weder offensiv bekämpft noch wirksam bestraft wurden, ist das Militär heute auf den Philippinen einflußreicher denn je.

## Aquino verspricht eine umfassende Landreform

*Tatsächlich* herrschen bis heute reiche Plantagenbesitzer auf dem Land: Fürsten der Feudalzeit. Die Bodenreform, die unter Aquino verabschiedet wurde, sieht lediglich eine Umverteilung von fünf bis zehn Prozent des fruchtbaren Privatlandes vor. Eine Landreform sollte den Boden endlich denen übergeben, die ihn bebauen.

## Aquino verspricht angemessene Arbeitsbedingungen für Industriearbeiter/innen

*Tatsächlich* gelten bis heute viele der repressiven Gesetze der Marcos-Diktatur weiter in den philippinischen Betrieben. Gewerkschaften werden verfolgt, gegen Streikende marschiert das Militär auf.

## Aquino verspricht die Bekämpfung der Armut

*Tatsächlich* hat die Verelendung auf den Philippinen zugenommen: heute leben drei Viertel aller Filipinas und Filipinos unter der absoluten Armutsgrenze. Zehn Millionen Filipinas/os sind obdachlos. In den Provinzen sterben Kinder an Unterernährung. Dennoch akzeptierte Aquino noch 1989 Bedingungen des Internationalen Währungsfonds, die eine weitere Senkung des Lebensstandards der philippinischen Bevölkerung bedeuten.

## Aquino verspricht politische Freiheiten

*Tatsächlich* sind heute viele legale Oppositionsgruppen auf den Philippinen bedroht: Menschenrechtsgruppen, christliche Basisgemeinden, Frauenvereinigungen und Gewerkschaften. Schon im Januar 1987 wurden bei einer friedlichen Demonstration für eine wirkliche Landreform vor dem Präsidentenpalast in Manila 15 Demonstranten erschossen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes KMU, Rolando Olalia, wurde ebenso ermordet wie der Sprecher des Oppositionsbündnisses BAYAN, Lean Alejandro. Noch im April 1989 wurden in der Provinz Zamboanga del Sur der katholische Priester Dionisio Malalay, der Stadtrat Rufino Rivera und der protestantische Pfarrer Zenaïdo Ruelo ermordet.

## Aquino verspricht die Einhaltung der Menschenrechte

*Tatsächlich* registrierte die philippinische Gefangenenhilfsorganisation „Task Force Detainees“ allein von Januar bis November 1988 insgesamt 2235 illegale Verhaftungen, 636 Fälle von Folter und 241 politische Morde. Amnesty International „ist beunruhigt über die hohe Zahl offenbar außergerichtlicher Hinrichtungen – meist mutmaßlicher Mitglieder linker Organisationen – durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder ziviler paramilitärischer Gruppen“. Seit ihrer Machtübernahme förderte Aquino die Bildung von den sogenannten „Vigilantes“ als Teil ihres Kreuzzuges gegen den Kommunismus. Wie schon unter Marcos müssen Filipinas und Filipinos das Land verlassen und – zum Beispiel auch in der Bundesrepublik – um politisches Asyl bitten.

## Aquino verspricht Friedensverhandlungen mit der Guerilla-Bewegung

*Tatsächlich* erklärte die Aquino-Regierung der Guerilla-Bewegung den „totalen Krieg“ und schreckt dabei auch nicht vor der Bombardierung ganzer Dörfer und Landstriche zurück. Sie folgt dabei dem US-Modell zur Aufstandsbekämpfung („low intensity conflict“), einer Bürgerkriegsstrategie, finanziert und angeleitet von den USA, aber ohne direkte US-Militärintervention. Diese Militarisierung hat bis Ende 1988 schon 200.000 Menschen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land gemacht.

## Aquino verspricht Auflösung der US-Militärbasen

*Tatsächlich* unterhalten die USA bis heute ihre beiden größten Militärstützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten auf den Philippinen. Während eine wachsende Zahl von Filipinas/os gegen fremde Stützpunkte und Militäreinmischungen eintritt, hat Aquino gerade 1988 einen weiteren Vertrag über die US-Stützpunkte zugestimmt. Im Gegenzug hofft sie auf eine Art „Marshall-Plan“ für die Philippinen (10 Milliarden Dollar), an dessen Finanzierung sich auch die BRD beteiligen soll.

## Aquino verspricht Frauenförderungsprogramme

*Tatsächlich* sind Frauen als Land- und Industriearbeiterinnen unterbezahlt; das Lohnniveau der Frauen lag Anfang 1986 um 34 % unter dem der Männer; qualifizierte Berufs- und Erwerbsalternativen fehlen. Mehr als 500.000 Frauen im Alter zwischen 11 und 25 Jahren müssen in der Sex-Industrie arbeiten, um ihre Familien zu ernähren. Käufer sexueller Dienstleistungen sind vor allem US-amerikanische Soldaten rund um die gigantischen US-Militärstützpunkte und ausländische Touristen. Hunger und Armut treiben immer mehr Filipinas in die Emigration, wo häufig ungesicherte Arbeitsverhältnisse und entwürdigende Lebensbedingungen auf sie warten.

Wir fordern dagegen anlässlich des Aquino-Besuches:

- \* Beendigung des „totalen Krieges“ gegen die politischen Oppositionsgruppen
  - \* Einhaltung der Menschenrechte
  - \* Abschaffung der Folter
  - \* Freilassung der politischen Gefangenen
  - \* Gerichtliche Verfolgung der für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen
  - \* Existenzsichernde Mindestlöhne und menschenwürdige Arbeitsplätze
  - \* Eine umfassende Landreform
  - \* Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der Guerilla-Bewegung
- Von der Bundesregierung fordern wir:
- \* Diskussion all der angesprochenen Punkte anlässlich des Besuches
  - \* Keine Gelder für die Aufstandsbekämpfung der philippinischen Regierung
  - \* Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte

Diese Erklärung der Rheinischen Regionalkonferenz der Philippinengruppen wurde vom 13. Kongreß des BUKO vom 25.-28. Mai 1989 in Hamburg als Aufruf zu einer öffentlichen Kundgebung während des Besuchs von Frau Aquino verabschiedet.

Bis Redaktionsschluß (10.6.89) hatten außerdem 22 Solidaritätsgruppen und 150 Mitglieder aus Gruppen und Einzelpersonen aus der Bundesrepublik und Österreich den Aufruf unterzeichnet.

Frau Aquino wird sich vom 9.-12.7.89 in der Bundesrepublik aufhalten. Sie wird am 10.7. von Präsident Weizsäcker empfangen und Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, Entwicklungsminister Warnke u.a. über Wirtschaftshilfe führen. Aus dem Beiprogramm ist bekannt, daß sie am 9.7. den Aachener Dom besichtigt, vom Oberbürgermeister der Stadt empfangen wird, zu philippinischen Landsleuten spricht und sich am 10.7. ins goldene Buch der Stadt Bonn einträgt.

Philippinen- und andere Solidaritätsgruppen aus dem Raum Köln-Bonn-Koblenz werden den Besuch mit einem kritischen Programm im Sinne der Erklärung begleiten. Am 9. oder 10.7. wird abends in Köln oder Bonn eine öffentliche Kundgebung mit Beiträgen von philippinischen Bürgern in der Bundesrepublik, von Amnesty International und Vertretern der Ev. Kirche des Rheinlandes stattfinden.

Genauere Angaben und weitere Einzelheiten sind aus der Presse zu entnehmen oder bei der Rheinischen Regionalkonferenz der Philippinengruppen zu erfahren: Dirk Holthaus, Tel. 0214/50 30 05